



**DEUTSCH-POLNISCHE GESELLSCHAFT HAMBURG E.V.**  
**TOWARZYSTWO NIEMIECKO-POLSKIE HAMBURG**

## **Aufruf**

### **zur Arbeit der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung**

**Angesichts der streitigen öffentlichen Diskussion über die Besetzung des Beirates der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ sieht sich die Deutsch-Polnische Gesellschaft Hamburg e.V. veranlasst, mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit zu treten.**

**Vor dem Hintergrund des Unrechts, dem das polnische Volk seit den polnischen Teilungen durch Preußen, Russland und Österreich Ende des 18. Jahrhunderts und insbesondere während der nationalsozialistischen Besetzung von 1939 bis 1945 von deutscher Seite ausgesetzt war, setzt sich die Deutsch-Polnische Gesellschaft Hamburg seit Jahrzehnten für die Versöhnung, Verständigung, Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen den Menschen in Deutschland und Polen ein.**

**Trotz vieler Widerstände während der kommunistischen Zeit in Polen, aber leider auch im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um den Warschauer Vertrag von deutscher Seite haben die in den Deutsch-Polnischen Gesellschaften tätigen Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Arbeit dazu beigetragen, dass zwischen Deutschen und Polen, insbesondere nach der Wende eine freundschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage eines gleichberechtigten und respektvollen Miteinanders möglich wurde. Zahlreiche Partnerschaften auf kommunaler und regionaler Ebene sind ebenso entstanden wie polnisch-deutsche Gesellschaften in unserem Nachbarland und viele weitere partnerschaftliche Zusammenschlüsse auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens.**

**Auf diesem fruchtbaren Boden haben Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Mazowiecki Anfang der 90-er Jahre aufbauen und mit den deutsch-polnischen Verträgen vom 14. November 1990 (Grenzvertrag) und 17. Juni 1991 (Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit) die Voraussetzungen für ein zukunftsorientiertes Miteinander in Frieden und Freundschaft in Mitteleuropa schaffen können, das bis heute trotz mancher Angriffe erfolgreich andauert.**

**Eine solche positive Entwicklung war in Folge unserer jüngeren gemeinsamen Geschichte, die durch millionenfaches nationalsozialistisches Unrecht geprägt war, nicht zu erwarten. Kaum eine polnische Familie ist von diesen Unrechtshandlungen und Verbrechen im deutschen Namen verschont geblieben. Viele ältere Polen, die als Häftlinge in Konzentrationslagern unter unmenschlichen Umständen lebten oder als Zwangsarbeiter Sklavenarbeit leisten mussten, haben noch heute unter den Folgen dieser verbrecherischen Unrechtshandlungen zu leiden.**

**Somit ist es mehr als verständlich, dass viele Polen Tendenzen bei jenen Deutschen mit Misstrauen und massiver Kritik begegnen,**

- die weiterhin in ihren Handlungen durch Wort und Tat diese belastende Geschichte nicht oder nicht ausreichend berücksichtigen,**

- die sich in der Vergangenheit permanent gegen die Verständigung mit Polen gewandt haben,  
z. B. durch Ablehnung des Warschauer Vertrages von 1970, des Grenzvertrages von 1990 und des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit von 1991,
- die sich damit gegen die Anerkennung der durch den 2. Weltkrieg entstandenen Folgen ausgesprochen und
- die darüber hinaus Polens Reife für den Beitritt zur Europäischen Union bezweifelt haben.

Die Arbeit der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ hat zum Ziel, auch an das Leid deutscher Vertriebener zu erinnern und ihrer zu gedenken. Dabei gilt es, allen Versuchen zu widerstehen, die eigene Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen zu relativieren.

Wir bitten um große Sensibilität bei der Gestaltung und Pflege der deutsch-polnischen Beziehungen. Gerade sie brauchen gegenseitiges Vertrauen und die Verlässlichkeit, dass verantwortungsbewusstes und politisches Handeln die Befindlichkeit und die Interessen der Nachbarn im Blick hat, was vor dem Hintergrund unserer Geschichte im übrigen für alle Nachbarn Deutschlands gilt. Eine solche Rücksichtnahme auf die Befindlichkeit der Nachbarn bedeutet keine Einschränkung der eigenen Entscheidungsfreiheit!

Wir fordern daher, dass die Arbeit der Stiftung und das beabsichtigte „sichtbare Zeichen“ stark von der Kenntnis der polnischen Geschichte und Kultur geleitet wird. Deutschland ist dabei klug beraten, wenn es beim Gedenken an die eigenen Kriegsoffer den offenen und ehrlichen Dialog mit Polen sucht. Die Diskussion über Polens Einstellung hierzu darf keine Diskussion über Polen ohne polnische Beteiligung sein.

Wir erwarten, dass die Stiftung durch eigene Veranstaltungen junge Menschen aus Deutschland, Polen und anderen europäischen Ländern in den Gestaltungsprozess einbezieht, um auch so dem Verdacht einer nationalen Geschichtsinterpretation entgegen zu wirken und das Denken der „neuen“ Europäer in ihre Arbeit aufzunehmen.

Wir appellieren an alle verantwortlichen politischen Kräfte, die Arbeit der Stiftung aus parteipolitischen Auseinandersetzungen heraus zu halten und nicht als Wahlkampfthema zu missbrauchen.

Unser Appell soll dazu beitragen, keine neuen Ressentiments zu schüren, um eine dauerhafte Beschädigung der deutsch-polnischen Beziehungen zu verhindern.

Deutsch-Polnische Gesellschaft Hamburg

6. April 2009